

Rede Dagmar Huhn zur aktuellen Debatte „Soziale Lage der Landeshauptstadt Magdeburg“
Stadtratssitzung am 01.12.05

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Stadträte und Gäste,

erst gestern konnten wir alle die Regierungserklärung der neugewählten Bundeskanzlerin unter dem Motto: „Gemeinsam für Deutschland mit Mut und Menschlichkeit“ zur großen Koalition verfolgen. Und so könnten wir auch über das heutige Thema im Interesse unserer Bürger mit der Überschrift „Zeigen wir, was uns unsere Zukunft wert ist“ debattieren.

Das wir mit der sozialen Lage in Magdeburg kein Feld, wie einen unbestellten Acker vor uns haben, ist sicherlich allen klar, denn wir haben Erfolge auf diesem Gebiet aufzuweisen. Die Frage „Quo vadis – Soziales?“ haben wir uns parteiübergreifend zusammen mit der Verwaltung bereits viel früher gestellt. Und erst gestern konnten wir in der Volksstimme unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigen, wie wichtig uns der Bereich Soziales in Magdeburg ist. So sieht zum Beispiel die Jugendamtsplanung für 2006 mehr Plätze für die Kinderbetreuung vor. So soll eine Agentur für Ehrenamtliche mit der Bildung eines dazugehörigen Trägervereins gegründet werden. Ebenso soll von Sparmaßnahmen zugunsten des Bildungsauftrages der VHS abgesehen werden und nicht zuletzt sei das persönliche Engagement der Bürger selbst genannt, die tatkräftig das Literaturprojekt an der Ottersleber Grundschule mit den durch Eltern gegründeten Schulförderverein unterstützen. Ich kann nur sagen, das alles tut gut zu lesen, weil es uns zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. In diesem Zusammenhang wird natürlich immer zu klären sein, ob bestimmte Dinge bezahlbar sind oder nicht. Das darf nicht gelehnet werden. Denn nur wer einnimmt, kann auch ausgeben. Doch stellt man sich die Frage: „Was kostet es?“, sollte man vorrangig den Inhalt und das Ziel einer Maßnahme sehen. Wir sollten heute nicht, obwohl es von elementarer Bedeutung ist, darauf eingehen, dass wir durch gezielte Weiterentwicklung der vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme Entlastung auf der Ausgabeseite brauchen. Das liegt in der Verantwortung des Bundes. Nein, wir sollten uns darauf beschränken, was wir mit diesem Stadtrat für unsere Bürgerinnen und Bürger im sozialen Bereich künftig als Schwerpunkt setzen wollen. Wir müssen uns in dieser schnelllebigen Zeit, wo nichts so beständig ist wie der Wandel, mit dem beschäftigen, was wir wollen und welche Maßstäbe gelten sollen. Denn nur wenn darüber Klarheit besteht, kann man sinnvoll über Maßnahmen und Wege sprechen. Dabei dürfen wir jedoch nicht vergessen, der Markt und die Wirtschaft sind das eine, aber Mitmenschlichkeit das andere. In Magdeburg sollte es uns künftig gelingen, dass allen Bürgern auch den Armen, weniger Intelligenten und Schwachen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird und gerade diese Menschen nicht an den Rand gedrängt werden. Diese Botschaft gilt es zu leben und nicht nur auszusprechen. Hier und heute soll es uns darum gehen, einen Konsens bei grundsätzlichen Fragen zu finden, bei der Schaffung von Rahmenbedingungen, bei Lösungswegen, bei der Abwägung von Prioritäten. Eine Diskussion wäre nichts wert, wenn sie nicht auch Lösungen für die Zukunft bringen würde insbesondere mit Blick auf die kommende am 15.12.2005 zum Haushalt 2006.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem uns vorliegenden Sozialbericht, werden wir aufgefordert, auf die veränderten Bedingungen und Entwicklungen unserer Stadt einzugehen und zu schauen, wo und wie wir unserer politischen Verantwortung zukünftig gerecht werden können. Ich möchte hierbei

vorweg schicken: Eine populistische Politik der einfachen Antworten, wird den Anforderungen nicht gerecht. Als politische Entscheidungsträger dieser Stadt ist es wichtig für uns, über die demographische Situation und deren Entwicklung informiert zu sein und das in allen gesellschaftspolitischen Bereichen. So muss beispielsweise auch der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr die Zahlen der Bevölkerungsabwanderung oder den Geburtenrückgang im Auge behalten, um politisch korrekte Entscheidungen zu treffen. Des Weiteren ist der stark gestiegene Frauenanteil in der Landeshauptstadt Magdeburg zu beachten. Auch hier gilt es, dass politische Handeln spezifisch auf diese Personengruppe auszurichten, da weibliche Probleme sich doch anders definieren als die von Männern. Ebenso hat sich der Anteil an über 65jährigen vergrößert. Das statistische Landesamt Sachsen-Anhalts prognostiziert für das Jahr 2010 einen Bevölkerungsstand von 48.951 Einwohnern ab 65 Jahren. Das hat auf unsere Altenpflegestrukturplanung und auf den Wohnumbau Ost erhebliche Auswirkungen. Auch das müssen wir in unsere politische Entscheidungsfindung mit einbeziehen ebenso die in Magdeburg lebenden ausländischen Mitbürger. Nach dem Sozialbericht waren zum 31.12.2003 insgesamt 7.967 Ausländer in Magdeburg gemeldet, was einen prozentualen Anteil von 3,5 Prozent ausmacht. Anzumerken sei hier, dass Sachsen-Anhalt den geringsten Ausländeranteil bundesweit vertritt gemeinsam mit Thüringen. 43 Prozent der hier lebenden ausländischen Bevölkerung sind Frauen, was doch einen erheblichen Anteil ausmacht. Und besonders in diesem Bereich bestehen aufgrund von Religionen und Traditionen besondere Handlungsfelder speziell im Betreuungs- und Hilfsangebotssegment.

Thematisiert werden auch die sozialen Bedarfsgemeinschaften in Magdeburg. Insgesamt leben in Sachsen-Anhalt immer mehr Menschen in kleineren Haushalten, wobei der Anteil der 1- und 2-Personen-Haushalte in Magdeburg deutlich höher ist als im Landesdurchschnitt. Mehr als Dreiviertel aller Haushalte sind 1- und 2-Personen-Haushalte, was einem prozentualen Anteil von 77 Prozent entspricht. Das hat natürlich entsprechende Auswirkungen auf die Wohnstruktur in unserer Stadt. Auch hierzu müssen wir uns positionieren.

Des Weiteren befasst sich der Bericht detailliert mit der Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen. Hier gilt es ein besonderes Augenmerk auf die Schwachstellen zu richten, vor allem da, wo es Einschränkungen im personellen und finanziellen Bereich gab. Ich spreche speziell den öffentlichen Gesundheitsdienst an. An für sich lässt sich die Situation der Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche als gut einstufen, dennoch sind gerade in letzter Zeit einige Defizite aufgetreten und es ist absehbar, dass die Kürzungen im öffentlichen Gesundheitsdienst fatale Folgen auf die gesundheitliche Versorgung unserer Kindern und Jugendlichen haben wird. Es ist eine alte Binsenweisheit, dass vor allem sozialbenachteiligte Kinder und Jugendliche den systematischen Abbau zu spüren bekommen, da gerade deren Familien oftmals nicht in der Lage sind, ihre Hauptaufgaben und Pflichten als Eltern zu erfüllen. Wir sollten in diesem Zusammenhang schauen, welchen Handlungsspielraum wir mit den landesweit gegründeten Bündnissen für Familien haben und wir müssen darauf achten, die gesundheitlichen Präventionsmaßnahmen für unsere Kinder und Jugendlichen nicht unter dem Kostenargument zu minimieren. Wir brauchen den gemeinsamen politischen Willen und eine langfristig angelegte intensive Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort, wie die Krankenkassen, den medizinischen Dienst, die niedergelassenen Ärzte und nicht zu vergessen die Einbindung der Eltern, um hier unsere Jüngsten vor vermeidbaren gesundheitlichen Problemen und Gefahren zu schützen.

Auch im Bereich der Jugendbetreuung gibt es zunehmende Probleme. Ich möchte hier speziell die Schulverweigerer ansprechen. Die im Bericht dargestellten Zahlen sollten alarmierend für

uns sein. An den Magdeburger Allgemeinbildenden Schulen sind im 1. Halbjahr 2003 insgesamt 471 Fälle von Schulpflichtverletzungen mit mehr als 5 Stunden Fehlzeit festgestellt worden, davon 23 Schulpflichtverletzungen an Grundschulen, 285 an Sekundarschulen, 134 an Sonderschulen aber auch 29 an Gymnasien. Hier denke ich, muss man verschärft schauen, wo die Kommunalpolitik Handlungsfelder sieht.

Ein weiteres im Bericht ausführlich dargestelltes Themengebiet ist die Sozialhilfebedürftigkeit und die damit zusammenhängenden Gesamtausgaben in diesem Bereich, die, wie wir wissen, kontinuierlich steigen. Der Sozialhilfeanteil betrug an den Gesamtausgaben im Jahre 2003 im Verwaltungshaushalt 13,8 Prozent. Wir müssen hier angesichts unserer Verantwortung, die wir gegenüber den Magdeburgern haben, mit Augenmaß Umverteilungsprozesse innerhalb unseres Haushaltes vornehmen, um eben nicht zwischen arm und reich zu unterscheiden. Es sollte eine Chancengleichheit gewährleistet werden, um eine Spaltung in der Gesellschaft zu unterbinden.

Man kann also insgesamt festhalten, dass wir uns bei der Lösung von Problemen daran messen lassen müssen, wie wir in Zukunft die Lebensbedingungen der Magdeburger Bürger kurz-, mittel- und langfristig für sie und mit ihnen gestalten wollen. Es bedarf einer stetig fortschreitenden Gestaltung, so dass der Magdeburger, wenn er gefragt wird: „Wie finden Sie das soziale Klima in ihrer Stadt?“ antwortet: „Die tatsächliche und gefühlte Temperatur ist angenehm!“ Denn nirgendwo sonst treffen Beschlüsse und Entscheidungen den Bürger so unmittelbar wie in der Kommunalpolitik. Der ein oder andere wird sich nach dieser Sitzung fragen, wozu braucht man solche Debatten? Wir tun doch genug, Magdeburg ist sozial in seiner Ausgabenpolitik. Schließlich wurden 2004 420 Euro je Einwohner für Soziales ausgegeben. Im Vergleich dazu waren es 1999 noch 316 Euro. Wir sollten uns bewusst sein, dass die soziale Gerechtigkeit ein parteiübergreifender Leitgedanke ist. Die Würde des Menschen liegt über seinem Marktwert. Wir betrachten unseren Bürger nicht nach Kosten-Nutzen-Effekt. Wir stehen für gleiche Lebensbedingungen. Wir bekennen uns zu Investitionen in Menschen. Wir überlassen Entwicklungen nicht dem Zufall. Wir haben Ziele und Visionen, wie Magdeburg 2010 aussehen soll. Magdeburg fördert seine ehrenamtlich tätigen Menschen. Kürzungen in diesem Bereich sind tabu. Dazu stehen wir! Der Beginn der Familienbündnisgründung muss weiter fortentwickelt werden und auf Gedeihen auch materiell unterstützt. Was nutzen denn unsere Angebote, wenn die, die sie brauchen, sie nicht kennen. Und es sind gute Angebote! Darüber hinaus muss sich Magdeburg zu einer aktiven Gleichstellungspolitik bekennen. Es gibt noch immer frauenspezifische Benachteiligungen. Die Lebensbiographien vieler Mädchen und Frauen belegen das. Chancengleichheit ist noch lange nicht erreicht. Frauen haben nun mal ein besonderes Verhältnis zu Beziehungen und nicht zur Macht und vielleicht sind sie auch deshalb eher Opfer als Männer. Frauen in Notsituationen muss ein Angebot unterbreitet werden, welches deren Belangen entspricht. Das Frauenhaus beispielsweise ist angelaufen, aber ist es vielleicht bald zu klein? Die Interventionsangebote müssen erhalten bleiben, die Beratungsangebote dürfen nicht eingeschränkt werden. Zeitungsmeldungen von Gewalt in Familien müssen uns erkennen lassen, wo Familien nicht in der Lage sind, ihren Auftrag zu erfüllen. Dort müssen wir zielgerichtet helfen. Es gilt daher bei grundsätzlichen Belangen einen Konsens zu finden, dass sollte in der kommenden Haushaltsdiskussion beachtet werden. Haushaltsdisziplin muss für alle gelten. Man kann prozentualen Kürzungen in der Sozialpolitik nicht zustimmen, denn das würde unserer Schwerpunktsetzung und der Ernsthaftigkeit dieser Debatte entgegenwirken. Und das lehnt die SPD-Stadtratsfraktion ab.

Ich möchte an Sie appellieren, in ihre Überlegungen mit einzubeziehen, dass wir denen sparen zumuten können, denen es am wenigsten wehtut. Und man sollte durchaus kritisch

hinterfragen: Legt man bei der Planung zur Errichtung einer Toilette am Schelli in dem Kostenumfang die richtige Priorität fest? Ist die Umgestaltung des Ambrosiusplatzes in dem finanziellen Umfang notwendig? Ist der Lindwurm eine unverzichtbare Ausgabe? Ist die Umgestaltung der Einsteinstraße in diesem finanziellen Umfang notwendig? Brauchen wir eine weitere Brücke über das Schleinufer? Sollte uns die Bildung unserer Kinder, die Absicherung unserer Familien, der Schutz vor Gewalt an Frauen und Kindern nicht wichtiger sein, als Investitionen in Beton? Wir können nicht auf der einen Seite höhere Anforderungen für Familien, Benachteiligte, Kinder und Jugendliche – unterstützt durch Anträge – einfordern, um auf der anderen Seite diejenigen, die einsparen können, verschonen zu wollen. Deswegen sollten wir, der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg, genau überlegen, was Priorität für uns hat. Deshalb brauchen wir gemeinsame Grundsätze.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,

wir brauchen, das Rad nicht völlig neu zu erfinden. Vieles wird bereits getan, aber dennoch bleiben die Herausforderungen groß. Wir müssen das Beste aus festen, erprobten Praktiken machen, neue Vorschläge einbringen und diese auch konsequent verwirklichen. Ich möchte meinen Redebeitrag mit einer Botschaft abschließen: Es geht uns um jeden Menschen, seine Chancen und die Entwicklung seiner Persönlichkeit. Es darf nicht nur um die, die im Lichte stehen, gehen. Wir haben es selber in der Hand, dass Magdeburg nicht in Verlierer und Gewinner zerfällt. Wir sind auf einem guten Weg!

Danke für ihre Aufmerksamkeit.